

Anmerkungen von Alojzy Orszulik

Wie haben Sie die Wende vor zwanzig Jahren persönlich erlebt? Welche Gefühle beherrschten Sie damals?



Den Anfang zu den politischen, systemhaften und sozio-ökonomischen Veränderungen setzte der „Runde Tisch“, der im Einverständnis von Regierungs- und Solidarność-Seite die Beratungen am 4. Februar 1989 aufnahm. Lange zogen sich die Gespräche hin, bevor beide Seiten einen Konsens über den Gegenstand für den Beginn der Gespräche erzielten. Die Seiten misstrauten einander. Deshalb wandten sich beide Seiten an die katholische Kirche mit dem Ersuchen, deren Vertreter sollten als Zeugen an den Beratungen teilnehmen. Das Sekretariat der Polnischen Bischofskonferenz und Kardinal-Primas Józef Glemp delegierten dafür drei Vertreter: den Bischof von Gdańsk (Danzig) Tadeusz Gocłowski, Priester Dr. Bronisław Dembowski und mich. Da ich im Sekretariat der Bischofskonferenz arbeitete, war ich seit Beginn des Kriegszustandes – 13. Dezember 1981 – gut orientiert über die Probleme des gesellschaftlichen Konfliktes und über das Bestreben der Führungspersönlichkeiten der Solidarność im Untergrund, die rechtliche Wiedermehrzulassung der Unabhängigen Selbstverwaltenden Gewerkschaft Solidarność zu erreichen. Ich kannte auch die dramatische wirtschaftliche Situation Polens. Deshalb nahm ich

Bischof em. Alojzy Orszulik SAC (geb. 1928) trat 1948 ins Seminar der Pallottiner in Chełmno ein (ewige Gelübde: 08.09.1956); 1952-1957 war er im Priesterseminar (Priesterweihe: 22.06.1957 durch Kardinal Stefan Wyszyński). Nach weiteren Studien an der Universität Lublin wirkte er dort von 1961 bis 1989 als Dozent für Kirchenrecht. Außerdem leitete er von 1968 bis 1993 das Pressebüro der Polnischen Bischofskonferenz; in diese Zeit fällt auch seine Mitwirkung bei den Gesprächen, die zum „Runden Tisch“ führten. 1992 wurde er erster Bischof der neu errichteten Diözese Łowicz, die er bis zu seiner Emeritierung 2005 leitete.

seit 1987 an den zuerst mittelbaren, ab 1989 an den direkten Arbeitstreffen teil.

Die Anfänge der Gespräche waren nicht vielversprechend. Die Regierungsseite wollte die Aktivisten der Solidarność, an ihrer Spitze Lech Wałęsa, zur Mitwirkung an den Sejmwahlen gewinnen, wobei sie die volle Macht in den Händen ihres politischen Lagers zu bewahren versuchte. Die Solidarność-Seite verwarf diesen Vorschlag. Die Regierung suchte unter dem Einfluss der immer schwierigeren wirtschaftlichen Situation nach Formen der Annäherung. Diese Arbeitsgespräche führten zum Beginn der Gespräche am „Runden Tisch“, und zwar gegründet auf Prinzipien der Partnerschaft. Sie endeten am 5. April 1989 mit einer Übereinkunft über die Wahlen, die, was den Sejm betraf, zu einem Drittel frei und zu 100 Prozent frei für den Senat sein sollten, der den Staatsrat ersetzte. Man vereinbarte die Wiederherstellung des Präsidentenamtes an Stelle des Staatsratsvorsitzenden.

Nach den Wahlen am 4. Juni 1989, die die Solidarność in der Frage des Sejms zu den festgelegten Proportionen und im Falle des Senats zu 99 Prozent gewann, machte sich in der Bevölkerung Enthusiasmus breit.

Die Regierungsseite ging daran, eine Regierung zu bilden. Da das Regierungslager (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Vereinigte Bauernpartei ZSL, Demokratische Partei) auseinandergefallen war, war die Seite der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (= Kommunisten) nicht imstande, eine Regierung zu bilden. Deshalb verständigten sich beide Seiten auf eine Große Koalition, wobei Tadeusz Mazowiecki, der nicht Abgeordneter des Sejms war, Ministerpräsident wurde. Es war eine Regierung auf Vertragsbasis. Solange jedoch die Mauer in Berlin nicht gefallen war und die Regime in der DDR, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Bulgarien und Rumänien nicht gestürzt waren, blieb die Frage nach der Dauerhaftigkeit der Veränderungen ungewiss.

Die Regierung Mazowiecki übernahm – außer den Sicherheitsressorts (Militär, Innenministerium) – die wichtigsten Ressorts in der staatlichen Verwaltung, allmählich auch in der Verwaltung nachgeordneter Ebenen und der Wirtschaft. Eine neue Wirtschaftsreform wurde beschlossen. Man traf Vorbereitungen für die Wahl des Präsidenten in allgemeinen Wahlen und für freie Wahlen zum Parlament. Das sowjetische Militär wurde mit dem ganzen Tross und Gerät, mit Familien und Hilfspersonal aus Polen abgezogen.

So stellen sich, kurz gefasst, die Veränderungen in Polen dar, an denen ich persönlich beteiligt war. Es gab schwierige, manchmal dramatische

Momente, aber es war nicht mehr möglich, die Veränderungen aufzuhalten. So hatte sich die Partei die Veränderungen nicht vorgestellt. Sie wollte die volle Macht behalten und mit Misserfolgen auch die Solidarność belasten. Das sozialistische System stürzte, und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei wurde aufgelöst.

Was war Ihre Zukunftsperspektive? Was sollte anders werden?

Als Vertreter der katholischen Kirche und zum Teil als Unterhändler des Gesetzes über das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche, das vom Sejm der Volksrepublik Polen am 17. Mai 1989 beschlossen wurde, konnte ich mit Zufriedenheit feststellen, dass der Apparat zur administrativen Behandlung der Kirche, der Apparat des politischen Sicherheitsdienstes, der die Tätigkeit der Kirche beschränkte und Repressionen aussetzte, zerfallen war.

Aus der *Perspektive der Zeit* mag man nach der Methode „Was wäre, wenn ...“ darüber nachdenken, dass man viele Dinge erledigen und Entscheidungen hätte besser und in größerem Umfang treffen können. Aber wenn man an diesen Ereignissen teilhatte, dann sah man, dass es besonnen war, friedliche Veränderungen – ohne Blutvergießen – herbeizuführen.

Welche Rolle spielte Ihr Glaube in der Zeit der Unterdrückung?

Der Glaube war der Grundpfeiler aller Unternehmungen, nicht nur zur Verteidigung der Kirche, sondern auch zur Verteidigung der Gesellschaft vor ihrer administrativen Atheisierung.

Wie sehen Sie heute, nach zwanzig Jahren, die Gesamtlage?

Polen ist ein demokratischer Staat mit einer Marktwirtschaft, wir haben bürgerliche Freiheiten, die Vereinsfreiheit, geregelte Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche auf nationaler und internationaler Ebene. Polen gehört zum NATO-Pakt und zur Europäischen Union. Niemand konnte vor zwanzig Jahren erwarten, dass der ganze Block der Sowjetunion und die Sowjetunion selbst zerfallen würden. Was den Lebensstandard angeht, so fehlt uns noch viel im Vergleich zum Westen, aber wir bleiben auch nicht allzu sehr hinter den westlichen Ländern zurück.

Hat die Wende zu echten gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Veränderungen geführt?

Die Antwort auf diese Frage findet sich in den vorhergehenden Punkten.

Was ist noch nicht geleistet? Was ist vergessen?

Im Laufe der zwanzig Jahre ist es nicht gelungen, Reformen des Gesundheitswesens, der Sozialversicherungen und stabiler Prinzipien für die Bildung der jungen Generation durchzuführen. Es bildeten sich keine politischen Parteien heraus, die zu dauerhaften Koalitionen fähig wären, auch nicht zur Durchführung notwendiger Reformen und zur Verabschiedung notwendiger Gesetze. Gegenwärtig sind zwei Parteien relativ stark, die aus der Solidarność hervorgegangen sind und sich auf christliche Werte berufen. Aber sie bekämpfen einander.

In der Verfassung gibt es keine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Präsident und Ministerpräsident. Das führt zu Konflikten und zur Blockade der Reformen und notwendigen Gesetze.

Gleich zu Beginn der Veränderungen hat man es versäumt, einen Kassensturz der Wirtschaft durchzuführen. Auch hat man die Mitglieder der kommunistischen Partei und die kommunistischen Funktionäre des Sicherheitsapparates nicht von den Schaltstellen der staatlichen, wirtschaftlichen und regionalen Verwaltung entfernt. Das hätte man im demokratischen Staat tun müssen.

Wenn Sie einem jungen Menschen heute, der die Zeit nicht miterlebt hat und kaum mehr etwas davon weiß, etwas sagen wollen – worauf kommt es angesichts Ihrer Erfahrungen an?

Die junge Generation der Intellektuellen interessiert sich nicht für die Periode der kommunistischen Regime. Zum Teil glaubt sie nicht, wie schwierig die Zeiten waren, dass es z. B. Karten für den Bezug von Lebensmitteln, für Benzin u. a. gegeben hat. Sie leben in und aus der Gegenwart, es fällt schwer, mit ihnen zu diskutieren, sie missbrauchen die Freiheiten der freiheitlichen Gesellschaft.

Aus dem Polnischen übersetzt von Wolfgang Grycz.